

## ... so sieht's die CDH

---

- ▶ **Die CDH fordert Einstieg in den Ausstieg vom Lockdown, die Fortsetzung der Abschlagzahlungen für die Überbrückungshilfe III und schnelle Hilfen für Härtefälle**

Die CDH hat für die kommende Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident(innen)en eine klare Erwartung: den Einstieg in den Ausstieg vom derzeitigen umfassenden Lockdown. Die Politik muss endlich einen klaren Plan vorlegen, unter welchen Bedingungen das Verbot der Geschäftstätigkeit für die betroffenen Branchen endet. Dabei kann es auch nicht sein, dass erst ein Inzidenzwert von 50 als Zielmarke ausgegeben und auf 35 gesenkt wird, sobald deren Erreichen in greifbare Nähe rückt.

Außerdem fordert die CDH, ebenso wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), die Beibehaltung der Abschlagzahlungen zur Überbrückungshilfe III auch über den Beginn der regulären Antragsprüfungen bzw. Auszahlungen der Bundesländer an die Unternehmen hinaus. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will die Abschlagzahlungen nämlich ab diesem Zeitpunkt stoppen und dazu deren Regelung nachträglich ändern. Da aber die Prüfung und Bearbeitung eines Antrages auf Überbrückungshilfe III mehrere Wochen dauern kann, stünden Unternehmen in dieser Zeit ohne Hilfen da, was die Existenz vieler Antragsteller gefährden würde.

Auch über den erst vor wenigen Tagen beschlossenen Härtefallfonds von rund 20 Millionen Euro ist zwischen beiden genannten Ministern bzw. ihren Ministerien Streit entbrannt. Das Bundesfinanzministerium verlangt kategorisch eine hälftige Finanzierung von Bund und Ländern dieses Fonds für Unternehmen, die keine sonstigen Hilfsprogramme nutzen können. Altmaier sieht darin eine Gefährdung der schnellen Auszahlung von Hilfen aus dem Härtefallfonds und damit von dessen Erfolg, obwohl genügend Bundesmittel zur Verfügung stünden, um auf eine Mitfinanzierung durch die Länder verzichten zu können. Die CDH schließt sich der Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Altmaier an und fordert, gerade für Härtefälle, schnelle Hilfen.

Berlin, den 24. Februar 2021